56. Jahrgang. № 94. Freitag, 5. April 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., **Familien**-Nachrichten aus **Dresden** 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 75 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach **Sonn- und Feiertagen** die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker **Lobeck's** Marke: Dreiring
Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2. 3 u. 4 M.

Beleuchtungs-Gegenstände für jede Lichtart.
Anfertigung künstgewerblicher Beleuchtungs-Körper. Grösste Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Kräutersäfte, täglich frisch gepresst, zu **Frühjahrskuren.**
Anmeldungen baldigst erbeten. Prospekte gratis.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Reformbettstellen **A. F. Müller** Eisenmöbelfabrik Gegründet 1873. Annenstr. 23/25, Annenhof. Alle Arten Eisenmöbel.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Ankündigungen

die sich auf öffentliche Veranstaltungen, Konzerte 2c. am **zweiten Osterfeiertag** beziehen, bitten wir für die erste Feiertagsnummer aufzugeben, da am zweiten Feiertag kein Blatt erscheint.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Westwinde, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

Die sächsischen Bergwerksbesitzer haben die Einigungsverhandlungen abermals abgelehnt.

Die Bergmann-Elektrizitätswerke verteilen 5 Prozent Dividende gegen 12 Prozent i. V. und treten zu den Siemens-Schuckert-Werken, G. m. b. H., in ein freundschaftliches Verhältnis.

Der internationale Feuerwehrkongreß wird auf den 3. Juni einberufen werden.

Der Exekutivausschuß des englischen Bergarbeiterverbandes empfiehlt die Wiederaufnahme der Arbeit. Für nächsten Sonnabend wird eine nationale Konferenz der Bergleute einberufen werden.

Die chinesische Regierung beziffert die durch die Revolution erlittenen Verluste an Staatsvermögen auf 250 Millionen Taels.

Der Kanzler in Korfu.

Die Parlamente feiern, und in den Ministerien herrscht Ferienstimmung. Das Osterfest bringt eine kleine Ruhepause nach der Arbeit des Winters, die diesmal härter war als gewöhnlich. Den Fleiß unserer Staatsmänner in Ehren, aber die Früchte dieses Fleißes sind nur gering. Es kommt bei der Arbeit der Staatsmänner weniger auf die Quantität an als auf die Qualität, vor allem darauf, ob die Maßnahmen der Regierung geeignet sind, Vertrauen zu erwecken. Quantitativ war die Arbeit der Reichsregierung sehr groß, wer aber die öffentliche Meinung Deutschlands in den letzten Wochen aufmerksam beobachtet hat, der wird die Erfahrung gemacht haben, daß die seit Jahr und Tag auf uns lastende politische Unsicherheit gerade in letzter Zeit erschreckend zugenommen hat. Ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volk besteht leider nicht mehr, vor allem die durch und durch nationalen Kreise sind mehr und mehr in eine gewisse Oppositionsstimmung gedrängt worden.

Der leitende Staatsmann des Deutschen Reiches wird seinen kaiserlichen Herrn in Korfu besuchen. Ein Beweis kaiserlichen Vertrauens, sagen die einen; ein Beweis für das Fortbestehen der latenten Krisis, sagen die anderen. Die Wahrheit liegt wohl auch hier in der Mitte. Als der Kaiser die bereits aufgeschobene Reise nach Korfu doch unternahm, war die Krisis in den Reichsämtern, die allen Dementis zum Trotz doch bestanden hat, wohl notdürftig beigelegt. Freilich um einen hohen Preis, der Staatssekretär Wermuth trat zurück. Dieser Rücktritt war ein Sieg des Kanzlers, dem die Regierungen der Bundesstaaten beitraten. Der Bundesrat hat sich hierbei sicherlich lediglich von der Erwägung leiten lassen, daß das Prinzip der Einheitlichkeit nach außen hin um jeden Preis gewahrt werden müsse. Daß aber die Regierungen der Einzelstaaten in Wirklichkeit sehr geteilter Ansicht waren über die Deckung der Wehrvorlagen, ging aus den Erklärungen verschiedener Minister hervor. Eine Einigung ist in der Tat erst am letzten Dienstag im Bundesrat erzielt worden. Darum mußte der Kanzler auch seine Reise um zwei Tage verschieben. Die Aufhebung der Liebesabgabe war zwar im Prinzip schon angenommen, die süddeutschen Regierungen waren aber nicht gewillt, die Brenner ihrer Staaten ohne weiteres preiszugeben. Es mußten erst Garantien geschaffen werden, die den durch die Aufhebung der Liebesabgabe entstehenden Schaden milderten. Scheinbar sind diese Garantien nunmehr festgesetzt worden. Wenn also der Kanzler jetzt nach Korfu fährt, so liegt der Gedanke sehr wohl nahe, daß er dem Kaiser über die nunmehr geschaffene Situation Vortrag halten wird, und daß der Monarch im Anschluß daran seine Entschließungen fassen wird.

Um die innerpolitische Lage und die Stellung des Kanzlers verstehen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Entscheidung über die Deckung der Wehrvorlagen erst nach Ostern im Reichstage fällt. Es ist das nicht gerade beruhigend für uns, nachdem der Reichstag in der ersten nationalen Frage, bei der Ostmarkenzulage, so gänzlich versagt hat. Es muß aber konstatiert werden, daß die Wehrvorlagen selber bei den bürgerlichen Parteien keinen Widerstand finden werden. Von Zentrumsseite wurde sogar der Vorschlag gemacht, die Vorlagen debattelos zu bewilligen. Dieser Vorschlag wird wohl kaum verwirklicht werden, daß aber die Wehrvorlagen unzweifelhaft bewilligt werden, ist außer Frage. Selbst die doktrinärsten Fortschrittspolitiker müssen zugeben, daß die Vorlagen nur das Allernotwendigste fordern. Anders steht es aber mit den Deckungsvorschlägen der Regierung. Die Erträge der Liebesgabe können nur einen Bruchteil der neuen militärischen Ausgaben decken, der Hauptteil soll aus den Ueberschüssen des Etats bestritten werden. Soweit sich die Situation heute schon überblicken läßt, wird dieser Regierungsvorschlag nur vom Zentrum unterstützt werden. Auf der Rechten wie auf der bürgerlichen Linken scheint die unseres Erachtens allerdings richtige Ansicht zu herrschen, daß die Mehrausgaben durch neue Einnahmequellen gedeckt werden müssen. Wo aber die neuen Steuerquellen zu suchen sind, darüber gehen die Meinungen auseinander. Hier liegt der Schwerpunkt der ganzen Situation.

Die innerpolitische Lage ist heute ungeklärter und bedrohlicher als zuvor, die Stellung des Kanzlers ist alles andere als gefestigt. Die innere Politik Deutschlands entbehrt der Führung, überall macht sich ein auffallendes Auseinanderstreben der Kräfte bemerkbar. Von den Parteiverhältnissen sei ganz abgesehen, obwohl auch hier merkwürdige Erscheinungen zutage treten. Am meisten aber muß auffallen, daß die Reichsregierung tatsächlich ihre überwiegende Stellung unter den einzelstaatlichen Regierungen mehr und mehr eingebüßt hat. Daran ändert auch der Sieg des Kanzlers im Bundesrate nichts, denn dieser Sieg war ein Pyrrhussieg. Man hat bereits von einem Ueberwiegen des bayrischen Einflusses im Reiche gesprochen. Das war zweifellos übertrieben, wer aber das merkwürdige Vordrängen Bayerns seit Hertlings Ministerpräsidentschaft verfolgt hat, wird den richtigen Kern in dieser Behauptung herausfinden. Die eigenmächtige Auslegung des Jesuitengesetzes durch die bayrische Regierung ist der Form wie der Wirkung nach ein Vorstoß gegen den Gedanken der Reichseinheit. Daß ein solcher Vorstoß überhaupt möglich ist, beweist mit erschreckender Deutlichkeit, daß unsere Reichsregierung ein erhebliches Maß von Autorität eingebüßt hat. Jeder Pessimismus liegt uns fern, eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Reiche aber kann man nicht ernst genug ansehen. Der föderative Charakter des Deutschen Reiches steht und fällt mit Preußen als Vormacht. Wir müßten aus unserer Vergangenheit nichts gelernt haben, wenn wir an diesem Zustande auch nur das Geringste ändern wollten. Darum muß man gegen jeden Versuch, die tatsächlichen Machtverhältnisse im Reiche zu verschieben, von vornherein energisch Front machen. Daß aber überhaupt derartige Strömungen, die im Volke sicherlich keinen Rückhalt finden, sich bemerkbar machen können, das ist ein charakteristisches Symptom für die Kanzlerschaft Bethmann-Hollwegs.

Der Kanzler fährt sicherlich nicht zu seinem Vergnügen nach Korfu. Er mag sorgenvoll in die Zukunft blicken; zu den innerpolitischen Nöten kommen noch die Verwicklungen der äußeren Politik. Auch die auswärtige Politik hat nicht an Klarheit gewonnen, der Gegensatz zu England ist geblieben, der türkisch-italienische Krieg ist ein schweres Problem gerade für Deutschland, die Wirren in China und Mexiko können die Lage ständlich verschärfen. Es ist ein schweres, verantwortungsvolles Amt, das der Kanzler verwaltet. Er wird diese Last nicht tragen können, wenn er nicht von dem Vertrauen des Kaisers gehalten wird. Die Reise nach Korfu soll ihm die Gewißheit geben, daß er das Vertrauen der Krone nach wie vor genießt. Ob diese Erwartung zutrifft, wird sich ja zeigen. Eins nur möge der Kanzler nie vergessen, daß zu dem kaiserlichen Vertrauen auch das Vertrauen des nationalgesinnten deutschen Volkes kommen muß, wenn anders seine Arbeit Erfolg haben soll.

Sammlung für ein Flugzeug „Dresden".

Den lebhaften Anstrengungen unserer westlichen Nachbarn gegenüber, welche augenblicklich mit Feuereifer zu einer großen Nationalspende für den Ausbau der französischen Luftflotte sammeln und schon über zwei Millionen Franl aufbrachten, haben sich gleiche Bestrebungen auch in Deutschland erhoben. So sammelt man in Frankfurt a. M., Heidelberg, Mannheim, sowie in Leipzig für Flugzeuge, welche die Namen dieser Städte tragen und den Kriegsministerien zur Verfügung gestellt werden sollen. In Frankfurt und Mannheim sind die erforderlichen Summen schon gezeichnet worden.

In den jüngsten Tagen hat auch der Landesverband Sachsen des Deutschen Luftflottenvereins für das Königreich einen öffentlichen Aufruf zu einer Nationalspende für eine deutsche Luftflotte erlassen. Soweit unsere Haupt- und Residenzstadt Dresden in Frage kommt, sollen die in ihrer Gemarkung eingehenden Gelder zu einem Flugzeug „Dresden" verwendet werden, das anzunehmen das Kriegsministerium seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hat. Auch der Oberbürgermeister Herr Geh. Rat Dr. jur. et Dr.-Ing. Beutler hat sich dieses Gedankens freudig angenommen und seine Förderung zugesagt.

Es würde im Auslande jedenfalls den nachhaltigsten Eindruck machen, wenn die großen Städte unseres deutschen Vaterlandes der Heeresverwaltung Flugzeuge zur Verfügung stellen und damit unseren Staat in die Lage setzen würden, dem Gegner eine achtunggebietende wehrhafte Luftflotte gegenüberzustellen. Es wird an die Dresdner Bevölkerung erneut die dringende Bitte gerichtet, ihre Scherflein reichlich fließen zu lassen.

Zur Annahme von Spenden hat sich auch die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten" bereit erklärt.

Neueste Drahtmeldungen

vom 4. April.

Die Ostmarkenzulage der Postbeamten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Bestimmung, daß Postbeamten in den Ostmarken die Zulage nicht weiter gezahlt werden soll, schreibt die „Deutsche Tageszeitung": „Da die Etatberatungen nicht bis zum 1. April zu Ende geführt werden konnten, hat der Reichstag ein sogenanntes Etatnotgesetz angenommen, das den Reichskanzler berechtigt, alle Ausgaben zu leisten, die zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind. Die Ostmarkenzulage ist eine gesetzlich beschlossene Maßnahme. Der Reichskanzler war also befugt, sie weiter auszuzahlen. Das Etatnotgesetz wurde in dritter Lesung eher angenommen als die Ostmarkenzulage in zweiter Lesung abgelehnt wurde. Die Ablehnung der Zulage ist nicht endgültig. Der Reichstag kann recht wohl bei der dritten Lesung des Etats anders entscheiden. Die Annahme des Etatnotgesetzes ist aber endgültig in dritter Lesung erfolgt. Wenn man diese Rechtslage unbefangen betrachtet, wird man es nicht recht verstehen können, wie man sich dazu entschließen konnte, die Ostmarkenzulage den Beamten vorzuenthalten."

Preußen und das Jesuitengesetz.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Die „Germania" führt unter dem 4. April in einer Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen aus, dem preußischen Oberpräsidenten sei mündlich vom Ministerium vor langer Zeit empfohlen worden, gegenüber der Vortragstätigkeit der Jesuiten eine versöhnliche Handhabung des Jesuitengesetzes auch für die Zukunft zu beobachten und Verschärfungen der derzeitigen Praxis zu vermeiden. Diese Ausführung ist unvollkommen und gibt infolgedessen den Sinn der den preußischen Oberpräsidenten erteilten Weisung unrichtig wieder. Den Oberpräsidenten ist nach Aufhebung des Jesuitengesetzes zwar empfohlen worden, die bisherige milde und versöhnliche Handhabung des Gesetzes auch für die Zukunft eintreten zu lassen und jede Verschärfung des gegenwärtigen Standpunktes nach Möglichkeit zu vermeiden. Dabei ist aber dieser Standpunkt ausdrücklich dahin festgelegt worden, daß durch das Gesetz vom 8. März 1904 nur § 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1872, das heißt die Befugnis zur Reichsverweisung ausländischer und zur Internierung inländischer Jesuiten aufgehoben, im übrigen aber das Gesetz, insbesondere § 1, formell und materiell unberührt geblieben sei. Gemäß dem zur Ausführung dieses Gesetzes ergangenen Bundesratsbeschluß vom 5. Juli 1872 sei den Jesuiten nach wie vor die Ausübung einer Ordenstätigkeit,

SLUB Wir führen Wissen.